

STS-Empfehlungen für einen besseren Vollzug des Nutztierschutzes

Aus Sicht des Schweizer Tierschutz STS wird neben menschlichem Versagen im Fall Hefenhofen auch ein Systemfehler offenkundig, auf den er seit Jahren hinweist. Die Kantone haben zwar überall Kontrollorganisationen aufgebaut und «beglücken» die Bauern flächendeckend mit einer Vielzahl von Kontrollen. Trotzdem treten immer wieder grausige, jahrelang dauernde Tierschutzfälle auf. Der Vollzug des Tierschutzes und dessen Wirkung hinsichtlich eines flächendeckend korrekten Tierhaltungsstandards muss daher jetzt auf den Prüfstand. Dabei schlägt der STS folgende Punkte zum Abklären vor:

1. Überprüfen der Unabhängigkeit der kantonalen Kontrollorganisationen, welche die direktzahlungsberechtigten Bauernbetriebe regelmässig im Auftrag der Landwirtschaftsämter überprüfen (=ÖLN-Kontrollen). Diese Organisationen sollen keine organisatorischen oder personellen Verflechtungen mit den kantonalen Bauernverbänden aufweisen.
2. Abtrennen der Tierhaltungskontrollen von den übrigen ÖLN-, QM-, Biodiversitäts-, Landschaftsqualitäts-, etc. Kontrollen. Die mit der Tierhaltung verbundene Kontrollen (Tierschutzgesetzgebung, RAUS/BTS, Tierverkehr, Medikamenteneinsatz, etc.) sollen durch eigene Spezialisten durchgeführt werden. Diese Kontrollen könnten sinnvollerweise den kantonalen Veterinärämtern überantwortet werden. Wichtig wäre auch, dass Landwirtschafts- und Veterinärämter nicht einfach solche Kontrollen an Organisationen delegieren sondern selber Qualität der Kontrollen und die Kontrollresultate periodisch analysieren und für geeignete Weiterbildung der Kontrolleure sorgen.
3. Anteil und Termine der unangemeldet durchgeführten Kontrollen. Der qualitative Tierschutz, z.B. Einstreu, Tierpflege, Gewähren des Auslaufes, kann sicherer mit unangemeldeten Kontrollen überprüft werden. Der STS schlägt vor, hier statt 10% der Tierhaltungen neu 50% unangemeldet anzusehen. Sodann sind für Tierschutzkontrollen die Wintermonate, also wenn alle Tiere eingestallt sind, zu favorisieren. Im Sommer, wenn Kühe, Pferde, Schafe und Ziegen auf der Weide oder der Alp sind, ist ihr Wohlbefinden i.d.R. nämlich eher gewährleistet wie in unter Umständen beengten Stallverhältnissen im Winterhalbjahr.
4. Statt Quantität mehr Qualität bei Tierschutzkontrollen. Die Schweizer Bauern brauchen nicht noch mehr Kontrollen. Vielmehr gälte es zu überlegen, Betrieben, welche immer wieder tadellos alle Kontrollen durchlaufen, einmal eine gewisse «Schonzeit» zu geben. Denn offensichtlich klappt es auf diesen Betrieben mit der Eigenverantwortung der Tierhalter. Da sehr viele Bauern über sechs resp. neun Jahre nie beanstandet werden müssen, könnten so erhebliche Kontroll-Arbeitskapazitäten und –kosten eingespart werden, bei vergleichsweise geringem Risiko. Die frei werdenden Kapazitäten sollten genutzt werden, um Betriebe, die tierschutzmässig immer «am Limit» laufen oder gar

laufend zu Beanstandungen führen, intensiver zu begleiten; mit konsequent unangemeldeten Kontrollen, landwirtschaftlicher Betriebsberatung und –begleitung und klaren Sanktionen. Ziel muss sein, solche Fälle nicht über Jahre hinzuziehen sondern die Tierhaltung rasch zu sanieren und dauerhaft auf einem korrekten Stand zu halten. Nichteinsichtigen, unkooperativen Betriebsleitern muss hingegen in Zukunft rascher ein Tierhalterverbot auferlegt werden können.

5. Das Sanktionsschema bei Tierschutzverstössen im Rahmen des Direktzahlungen muss überprüft werden. Ziel muss sein, dass schwerwiegende Tierschutzverstösse wie etwa mangelhafte Pflege, Mangelernährung, fehlendes Wasser, starke Überbelegung, fehlende Einstreu oder mangelnder Auslauf in Zukunft zu grösseren Abzügen bei den Direktzahlungen führen. Das Bundesamt für Landwirtschaft BLW soll zudem im jährlichen Agrarbericht wieder Art und Anzahl der Verstösse gegen Tierschutzgesetzgebung und die Tierwohlbestimmungen BTS und RAUS öffentlich machen.
6. Der Bundesrat und das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV sollten die bekannten Gummiparagrafen, welche von Kontrolleuren kaum gerichtsverwertbar überprüft werden können, ausräumen und operabel machen. Dies betrifft beispielsweise die Anbindehaltung von Rindern und Ziegen, wo der Nachweis der Nicht-Erfüllung des vorgeschriebenen Auslaufes selten so möglich ist, dass ein Verstoss auch vor Gericht geahndet wird.
7. Gerichte dürfen Tierschutzverstösse nicht weiter als Bagatellen beurteilen. Der Schutz und das Wohlergehen der betroffenen Tiere müssen inskünftig bei Gericht denselben Stellenwert haben, wie die Interessen des beklagten Tierhalters. Kantone könnten zu diesem Zweck spezialisierte Staatsanwälte für Tierschutzfragen aufstellen. Zu überlegen wäre auch ein Klage- und Beschwerderecht für anerkannte Tierschutzorganisationen, wie es der Kanton Bern kennt.

Dr. sc. nat. Hansuli Huber
Geschäftsführer Fachbereich Schweizer Tierschutz STS

Basel, August 2017

SCHWEIZER TIERSCHUTZ STS

Dornacherstrasse 101, CH-4018 Basel, Phone 061 365 99 99
sts@tierschutz.com; www.tierschutz.com